



Energiepolitik

## **Aiwanger: "Vor meiner Verhandlung war P43 ohne Erdkabel und P44 der Sachstand"**

27. Oktober 2021

MÜNCHEN/BAD KISSINGEN Wirtschafts- und Energieminister äußert sich zu den Protesten gegen die Pläne für die Stromleitung P 43 von Übertragungsnetzbetreiber Tennet: „Die Bedenken wegen der Auswirkungen der Fulda-Main-Leitung auf die Region, die auch von der Bevölkerung vor Ort geäußert werden, sind für mich nachvollziehbar. Genau deshalb setze ich mich dafür ein, die Belastungen in den betroffenen Regionen so gering wie möglich zu halten. Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Erdverkabelung bei diesem Projekt in dem aus technischer Sicht maximal möglichen Umfang erfolgen muss.

Allerdings weise ich die Kritik des Landrats an meiner Person zurück. Ich trage nicht die Verantwortung dafür, dass die Notwendigkeit der Fulda-Main-Leitung nach wie vor im Bundesbedarfsplangesetz festgeschrieben ist. Diese Entscheidung wurde von der Bundesregierung getroffen. Es ist parteipolitische Stimmungsmache, mir diese Verantwortung zuschieben zu wollen. Ganz im Gegenteil habe ich durch den kompletten Verzicht auf die Maßnahme P44 sowie die Erdkabeloption für die P43 eine erhebliche Entlastung für die ganze Region erreicht, trotz anderer Weichenstellung durch den Bund. Ohne mein Tätigwerden wäre die Umsetzung der P43 und der P44, jeweils als komplette Freileitung, ohne Erdkabel, zu befürchten gewesen. Dieses Verhandlungsergebnis als ‚Schande‘ zu bezeichnen, ist eine bewusste Irreführung. Wenngleich die P43mod aus rein bayerischer Sicht zu bevorzugen gewesen wäre, hätte es dazu der Zustimmung anderer betroffener Länder und des Bundes bedurft. Die war leider nicht zu erreichen. Mit der jetzigen Lösung ist der Wegfall der P44 und die Erdkabeloption bei der P43 verbunden. Dies bringt eine wesentliche Entlastung der Region gegenüber den ursprünglichen Netzausbauplänen mit sich. Eine andere Darstellung des Sachverhalts ist nicht zutreffend.“

Ansprechpartnerin:  
Katrin Nikolaus,

stv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 401/21